

Eine halbe Million Jugendliche stimmen bei der Juniorwahl ab

Am nächsten Sonntag um 18 Uhr wird das Ergebnis einer weiteren Wahl vorliegen. Eine halbe Million Schüler in 2200 Schulen haben sich am Projekt „Juniorwahl“ beteiligt. Das Ergebnis weicht – mit weit mehr Stimmen für Grüne und Piraten – traditionell stark ab vom Ergebnis der Bundes- oder Landtagswahlen. Als „Kumulust“, eine Gruppe Freiwilliger, die Juniorwahl erstmals 1999 in Berlin organisierte, beteiligten sich nur drei Schulen. Nun sind es allein in Niedersachsen, dem Bundesland mit der höchsten Beteiligung, 441 Schulen mit 130 000 Schülern. Insgesamt sind es mehr als 2200 Schulen.

Übernommen wurde die Idee vom amerikanischen „KidsVoting“, an dem acht Millionen Schüler teilnehmen. Die Träger des Vorhabens wollen mit dem Planspiel das Interesse Jugendlicher an demokratischen Prozessen stärken und sie von radikalem Gedankengut fernhalten. Dabei setzt „Kumulust“ auf zwei Hauptsäulen: den politischen Unterricht und den Wahlakt, der so abläuft wie bei der Landtags- oder Bundestagswahl, mit Wahlbenachrichtigungen, Wählerverzeichnissen und Wahlvorstand – alles von Schülern organisiert.

Die Juniorwahl unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert findet eine Woche vor dem jeweiligen Wahlsonntag statt. Die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) sagt, die simulierten Wahlen stärkten demokratische Verhaltensweisen und Tugenden wie Einsatz, Teilhabe und Veränderungsbereitschaft. Die Kosten für die Schulen tragen teils das Kultusministerium, teils private Sponsoren. Der Zeitpunkt der Bundestagswahl scheint aber eine Hürde zu sein, anders als bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar. Ein Sprecher des Landesschülerrats Niedersachsen, Helge Feußahrens, weist darauf hin, dass das Schuljahr in Niedersachsen erst vor fünf Wochen begann. Am Anfang eines Schuljahres aber seien Lehrer zeitlich zu bedrängt, um sich auf Experimente einzulassen, und kennten ihre neuen Schüler zu wenig, um gleich zu Beginn ein so zeitintensives Thema wie Parteien und politische Richtungen anzugehen.

So dürfte es kein Zufall sein, dass teilnehmende Schulen in Niedersachsen sich im Bremer Umland häufen. In Bremen waren Schüler schon an der Bürgerschaftswahl vor zwei Jahren stark beteiligt, gefördert durch die Bürgerschaft, den Senat und die Landeszentrale für politische Bildung (die es in Niedersachsen nicht gibt). Feußahrens weist auf einen weiteren Nachteil des Konzeptablaufs hin: Wenn das Ergebnis gleichzeitig mit der Prognose der realen Bundestagswahl bekanntgemacht werde, interessiere das außer den teilnehmenden Schülern kaum jemanden.

Nach den Landtagswahlen in Bremen 2007 und 2011 und zuvor in Baden-Württemberg hatten Sozialforscher die Juniorwahl untersucht. Befragte Lehrer wie auch Schüler hielten sie für „extrem positiv“. Schüler berichteten von Diskussionen mit Eltern, Verwandten und Freunden und von gesteigertem Interesse an der Wahl. Der Wissenszuwachs sei am stärksten bei Haupt- und Realschulen. Eine Bremer Studie konnte nicht mit Sicherheit sagen, welchen Einfluss die Juniorwahl auf die Wahlbeteiligung von Erstwählern hatte, zumal es auch andere Vorhaben gibt wie „Demokratie macht Schule“ und „Wahl-O-Mat“. Das starke Interesse von Schulen im Umland von Bremen aber deutet auf Erfolg hin.

Quelle: FAZ, 16.9.2013